

Zimmermann, Klaus F.

Article

Letzter Ausweg bad bank?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2009) : Letzter Ausweg bad bank?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 6, pp. 112-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151740>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Letzter Ausweg *bad bank*?

von Klaus F. Zimmermann *

Im *Wirtschaftsdienst* hatte ich bereits im November geschrieben: „Die angemessene Reaktion auf die Finanzkrise ist eine international koordinierte Flutung der Geldversorgung, niedrige Zinsen, die Garantie der Interbankenkredite und der Spareinlagen, die Ablösung unfähiger

Manager und die Bereitstellung von öffentlichem Eigenkapital durch temporäre Teilverstaatlichung (britisches Modell) oder durch die Herauslösung der Risikoaktiva in eine „*bad bank*“ (schwedisches Modell). Es ist kontraproduktiv, die Banken dabei zum Kotau zu zwingen, wie dies das deutsche Rettungspaket vorsieht, da dies wegen der Stigma-Effekte die Erfolgchancen der Gesundung schmälert. Hilfe wird so erst im letzten Augenblick angenommen. Entscheidend ist, dass die Hilfsaktion schlussendlich marktmäßig vom Verursacher finanziert wird.“ (2008/12, S.19)

Jetzt zeigt sich in aller Schärfe: Das deutsche Bankenrettungspaket war von Anfang an zu inkonsequent geschnürt. Wochen, ja Monate vergingen, ohne dass der nötige Neuaufbau der internationalen Finanzmarktarchitektur Gestalt annahm. Die Defizite der Landesbanken sind seit der Finanzkrise überwältigend transparent, ohne dass ein signifikanter Wille zu ihrer Abschaffung sichtbar wurde.

Stattdessen fallen die Dominosteine nach und nach so, dass die Politik zur Verstaatlichung großer Teile des Bankensektors und Einrichtung diverser *bad banks* gezwungen sein wird. Seit Beginn der Bankenrettung können sich die meisten Regierungen, die amerikanische und die deutsche vorneweg, nicht klar mit einem oder beiden dieser Instrumente anfreunden. Die positiven Erfahrungen in den skandinavischen Ländern sind tatsächlich begrenzt nützlich, da dort die Krisen national aufkamen, während wir uns heute mit einer weltweiten Vernetzung schlechter Risiken herumschlagen.

Bei einer Staatsbeteiligung erhalten die Banken frisches Kapital und der Staat direkten Einfluss. Die *bad bank* ermöglicht die Auslagerung fauler Wertpapiere aus den Bankbilanzen in eine eigenständige Verwertungseinheit. Die Banken könnten so weitere Abschreibungen verhindern und unbelasteter wirtschaften. Sie müssten aber endlich eigenständige Lösungen vorlegen. Falls der Staat für Papiere einstehen sollte, so muss er dies mit Ausgleichsforderungen verbinden, um Wertverluste langfristig wieder zurückzuholen.

Mit der Stützung der Deutschen Bank durch die Deutsche Post, der Beteiligung an der Commerzbank und ihrer Fusion mit der Dresdner Bank und der sich andeutenden Verstaatlichung der Hypo Real Estate ist der Staat bereits jetzt mittendrin und wahrscheinlich erst am Anfang einer langjährigen Beteiligung am Bankensektor. *Bad banks* werden schon bald im Interesse des neuen Eigentümers sein. Es wäre deshalb besser, diese Schritte rasch zu tun, als weiter unnötig Zeit zu verlieren.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.